

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallauer Zeitung)

Anzeigen
sollen die einspaltige Kolonelle:
mit deren Raum 25 Wg.
Kosten 100 Wg.

Bezugspreis
monatlich 96 Wg., mit Bringer-
lohn 115 Wg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2,55 Mk.
ausgl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag

Druck: H. Ruckdrucker:
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller:
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584

Nr. 23.

Dienstag, den 24. Februar 1920.

28. Jahrgang

Die Valuta.

Der „Manchester Guardian“ weist darauf hin, daß die internationale Finanzkonferenz vor dem nächsten Zusammentritt des Völkerbundesrats in Rom in Aussicht genommen ist. Danach würde diese wichtige Versammlung in etwa 14 Tagen und wahrscheinlich in Genf stattfinden. Das Blatt weist darauf hin, daß Deutschland bereits zu der internationalen Arbeitskonferenz in Washington eingeladen wurde, so daß auch mit einer Einladung Deutschlands und Österreichs gerechnet werden könne.

Von zumutendster Berliner Seite wird über den Verlauf der beiden Sitzungstage der Valutakommission am 18. und 19. d. Mts. folgendes mitgeteilt. Die Valutakommission, die in der nächsten Zeit abermals zusammen treten wird, hat vorläufig ihre Verhandlungen abgeschlossen. Es wurde einstimmig beschlossen, gewisse Steuern sofort einzuziehen zu lassen. Es handelt sich hierbei besonders um die Kriegsabgabe vom Vermögen und um die Einkommensteuer. Die hierfür zu verwendenden Formulare sollen schon in den nächsten Tagen ausgeben werden, da die Regierung die Absicht hat, in vier bis acht Wochen diese Steuer einzuziehen. Als weitere Steuer sollen 10 Prozent Rentenzuschlag zur Einkommensteuer gelangen, und zwar tritt diese Steuer automatisch am 1. April, jedoch rückwirkend, in Kraft. Die Regierung erwartet von diesen beiden Steuern eine sehr große Einnahme; man spricht von 5 bis 7 Milliarden. Ferner wurde beschlossen, an den Zinsen des Reichsanleihe nichts zu ändern und auch den Termin des Anleihe zu befestigen; es heißt, daß die Regierung geneigt ist, Kriegsanleihe für das Reichsanleihe anzunehmen. Schließlich wurden von der Regierung Beschlüsse zur Erleichterung der Produktion gefaßt, so z. B. in der Kohlenförderung, der Zement- und Porzellan-Industrie, um diesen Industrien auch die Möglichkeit zu geben, für den Export zu erzeugen, um dadurch das Valutagleichgewicht wieder herzustellen.

Die ständige Valutakommission hat die Regierung ersucht, auf Grund des Art. 235 des Friedensvertrages ebenfalls mit der Wiedergutmachungskommission in Verbindung zu treten, um aus denjenigen Beträgen, die laut Mitteilung des Reichsfinanzministeriums auf Grund des Friedensvertrages bereits abgelehrt sind, die Mittel zu erhalten, die zur Ernährung und Wirtschaftsführung des deutschen Volkes auch bei äußerster Einschränkung des Konsums unbedingt nötig sind. Das Reich ist durch Abtretung wertvoller Gebiete, durch Wegnahme der Kolonien, der Schiffe, des Eisenbahnmateri- als, der landwirtschaftlichen Maschinen und durch die Liquidation der Rationen im Ausland so verarmt, daß ihm ausreichende Mittel für Zahlungen im Ausland nicht zur Verfügung stehen. Wenn Deutschland nicht das gleiche Schicksal erleiden soll wie Deutschland-Ost, so müssen ihm aus den geleisteten Lieferungen so viel Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß es die zur Bezahlung der notwendigen Zahlungsmittel in den nächsten Monaten erforderlichen Beiträge aufbringen kann. Eine Finanzierung auf anderem Wege ist nicht mehr möglich. Deutschland hat durch seine Ablieferungen seinen besten Willen bewiesen, den Vertrag so weit wie irgend möglich zu erfüllen, und wird dies auch weiter tun.

Vor dem Waffenstillstand.

Nach dem „Amsterdamer Telegraf“ hat das „Echo de Paris“ eine Schilderung der Sitzung veröffentlicht, in der die Verhandlungen der Alliierten beschlossen, die 14 Punkte Wilsons als Grundlage für die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit Deutschland anzunehmen. „Echo de Paris“ hat ferner in sehr naiven Beziehungen zu den französischen Regierungskreisen und besonders zu Clemenceau gestanden. Seine Darstellung lautet:

Es war am 3. November 1918 im Arbeitszimmer Wilsons im Auswärtigen Amt vorher hatten die Regierungschefs Frankreichs, Englands und Italiens und Oberst Haig, dem Delegierten Wilsons, Marshall Foch und seinen Mitarbeitern, den Mitgliedern der internationalen militärischen Kommission und den Vertretern der verschiedenen Marineämter die militärischen Bedingungen eines etwaigen Waffenstillstandes festgelegt. Jetzt erhielten die drei Regierungschefs zum Schluß noch einmal mit Oberst Haig

Lothar George wandte sich an Oberst Haig mit den Worten: „Wenn wir die Gedanken des Präsidenten Wilson richtig verstanden haben, sind die Waffenstillstandsbedingungen von der Annahme der Grundsätze und Bestimmungen für den Frieden seitens der alliierten

Mächte abhängig, welche der Präsident der Vereinigten Staaten am 3. Januar und später noch wiederholt aus-
einandergelegt hat.“

Oberst House antwortete, daß dies tatsächlich der Fall sei.

Clemenceau rief den Souverän aus: „Ach diese 14 Punkte! Ich habe sie noch nicht gelesen, wir wollen doch erst einmal Kenntnis davon nehmen!“

Die 14 Punkte werden gelesen und als dies geschieht, wandte sich Clemenceau plötzlich an Oberst House: „Wenn wir die 14 Punkte verwerfen, was geschieht dann?“

Dann würde der Präsident die Verhandlungen, die er mit den Alliierten über den Waffenstillstand angeknüpft hat, als beendet betrachten.“

Wurde er die Bedingungen, welche er Anfang Oktober mit den Deutschen begonnen hat, gleichfalls als beendet betrachten?“ fragte Clemenceau weiter.

„Ich kann das nicht garantieren“, war die Antwort House's.

Das ist der entscheidende Augenblick. Clemenceau spricht das feierliche „angenommen“ aus, aber Lord George sagt diesem schnellen Entschluß sofort hinzu: „Wir machen Vorbehalte hinsichtlich der Freiheit der Meere und der Entschädigung.“

Auf diese Darstellung des „Echo de Paris“ hin ent-
fährt selbst dem „Vorwärts“ das Besten.

„Jetzt sehen wir, daß die Dinge doch nicht so ein-
fach lagen, da die Gefahr für die Alliierten bestand, daß
Amerikas Millionenheere mitten in der Schlacht den
Kampf einstellen würde.“

Die Auslieferungsfrage.

Der Leipziger Prozeß.

Reichsjustizminister Schiffer äußerte sich Presse-
vertretern über die Vorbereitungen des Leipziger Prozes-
ses folgendermaßen:

Nach dem Gesetz vom 18. Dezember 1919 entstand das Reichsgericht über die Kriegsverbrechen. Eine organi-
satorische Verrichtung des Reichsgerichts zu diesem Zwecke
wird nicht erforderlich sein, vielmehr werden die Ver-
handlungen vor einem Strafgericht des Reichsgerichts in
der nächsten Besetzung von 7 Mitgliedern stattfinden. Es
ist natürlich denkbar, daß die Zahl der zu verhandelnden
Fälle so groß sein wird, daß sich eine Überlastung
des Strafgerichts ergibt. In diesem Falle wird es erfor-
derlich sein, Hilfsrichter einzuberufen, jedoch nicht zur
Bearbeitung der Kriegsverbrechensangelegenheiten die
von dem Reichsgericht selbst zu vollzogen werden sol-
len, sondern zu den anderen laufenden Prozeßverfahren.
Das Vorverfahren ist bereits im Gange, auch mit
der Sammlung des Aktenmaterials ist begonnen wor-
den. Deutsche Zeugen werden nach den Vorschriften
der Strafprozeßordnung vernommen werden. Die
Vernehmung der sich im Ausland befindlichen Zeugen
wird, wenn diese nicht freiwillig nach Deutschland kom-
men, im Ausland erfolgen müssen, wobei den Beschul-
digten Gelegenheit gegeben werden muß, die Rechte ihrer
Verteidigung wahrzunehmen. Daß sich deutsche Unter-
suchungsrichter zur Beschäftigung mit Delikten ins
Ausland begeben werden, ist möglich; darüber läßt sich
zurzeit noch nichts Bestimmtes sagen. Die Kosten des
Verfahrens hat gemäß dem allgemeinen Grundgesetz im
Falle der Verurteilung der Verurteilten, im Falle der
Freisprechung das Reich zu tragen. Falls Angeklagte die
Verurteilung vor dem Reichsgericht nicht begehren, so
sollten, so wird ihre Verurteilung zu erfolgen ha-
ben. Ueber die Dauer des Verfahrens läßt sich nichts
Einseitiges sagen. Wenn von vornherein ersichtlich ist,
daß eine strafbare Handlung überhaupt nicht in Frage
kommen kann, oder daß es an jedem Beweis fehlt, wird
das Verfahren so schnell als möglich eingestellt werden.
Vielleicht wird sich das Verfahren sehr lange hinziehen,
besonders in dem Falle, wo Beweisaufnahmen im
Ausland stattfinden müssen oder die Zeugen sehr schwer
auffindbar sind. Die deutschen Behörden werden eben-
falls alles tun, um, wie wir gewohnt sind, das Ver-
fahren nach Möglichkeit zu beschleunigen. Grundsätzlich
wird das Verfahren gegen jeden Beschuldigten durchge-
führt. Zum Schluß betonte der Minister sehr energisch,
daß die deutsche Regierung es als eine Ehrensache an-
sehe, die bekannten Schuldigen zu bestrafen. Kein Un-
schuldiger werde verurteilt werden dürfen, aber auch kein
Schuldiger darf ohne Strafe bleiben.

Der Minister erwähnte noch, gewissermaßen als Illu-
stration seiner Entschlossenheit alle Kriegsverbrecher zu
bestrafen, daß er vor einigen Tagen in einem französi-
schen Blatt einen Artikel gelesen habe, in welchem ein
Deutscher eines Völkerverbrechens beschuldigt
wurde. Er habe diesen Artikel gleich dem Oberreichsan-
walt übergeben, um den Fall dem Anwalt zu übergeben und ge-
gebenenfalls das Verfahren zu eröffnen.

zu einer Auslieferung über die Wiederaufnahme der
Kriegsprozesse heißt es in der „Deutschen Allg. Ztg.“:
Es muß als ganz selbstverständlich erachtet werden, daß
der Verband sich entschließt, nicht nur die, einzigen Deut-
schen, die sich innerhalb seiner Grenzen befinden und die
er in die Hand bekommt, ebenfalls von einem deutschen
Gericht aburteilen zu lassen, sondern es muß ferner da-
rauf hingewirkt werden, daß auch für die von einem
Verbandsgerichtshof bereits abgeurteilten Deutschen unter
Ungültigerklärung des früheren ein neues Verfahren vor
dem deutschen Reichsgericht eröffnet wird.

In der Meldung des „Journal des Debats“, daß
eine neue Konferenz der Alliierten in der Auslieferungs-
frage für den 25. April festgesetzt sei und daß man er-
warte, daß bis dahin die Urteile des Reichsgerichts in
Leipzig vorliegen würden, erklärt Oberreichsanwalt Dr.
Zweigert, es sei kaum daran zu denken, daß bis zu die-
sem Termin schon Urteile vorliegen würden. Das An-
klagematerial der Entente sei in vielen Fällen so unklar,
daß es nicht einmal als Unterlage des Ermittlungsver-
fahrens dienen könne. Neue und genauere Angaben der
Entente würden notwendig sein, damit in vielen Fällen
überhaupt erst die Persönlichkeit zu erkennen sei, gegen
die Anklage erhoben werden solle. Ferner sei die not-
wendig werdende Erweiterung des Reichsgerichts auf ein
besonderes Gesetz gebunden und ebenso die Übertragung
der Verurteilung zur Anstellung des Ermittlungsverfah-
rens von der Reichsanwaltschaft auf das Gericht selbst.
Diese beiden Gesetze müßten zunächst der Nationalver-
sammlung vorgelegt werden. Bei der heutigen Arbeit
der Volksvertreter sei zu erwarten, daß diese Gesetze
schnell angenommen würden. Damit wären aber erst die
Vorbereitungen beendet.

Friedensfragen.

Das Reutersbüro meldet aus Paris: Der französi-
sche Ministerrat hat beschlossen, seinen Vertreter auf der
Alliiertenkonferenz anzuweisen, diejenigen von Frankreich
anzufordernden Deutschen von der Auslieferungsliste ab-
zusetzen, für deren Verhaftungen Zeugen nicht namhaft
gemacht werden können.

Der Pariser Volksratrat faßte einen Beschluß über
die Zuvorstellung verschiedener französischer Kriegsgefangener
und gab die Erlaubnis zur Heimführung der
deutschen Kriegsgefangenen, die sich in
Sibirien befinden, die über Oskan nach Hause ge-
bracht werden sollen.

In der türkischen Frage haben die London-
ner Besprechungen wesentliche Fortschritte erzielt. Es ist
eine Anzahl wichtiger vorläufiger Entscheidungen über
die Grundlagen des Vertrages getroffen worden.

Neuer ist ermächtigt, die Meldung zu demit-
ten, daß Lord George und Ali gemeinsam darauf hinar-
beiten, im Gegensatz zur Auffassung des französischen
Ministerpräsidenten, die Verhandlungen mit dem Sowjet-
Vertreter Litwinow zu eröffnen. Eine solche Absicht sei
nicht besprochen worden.

Die Völkerbundkonferenz beschloß auf Grund des Ar-
tikels 190 des Vertrages betr. die Kontrolle der Radio-
telegraphischen Stationen Deutschlands eine Untersuchung
anzunehmen.

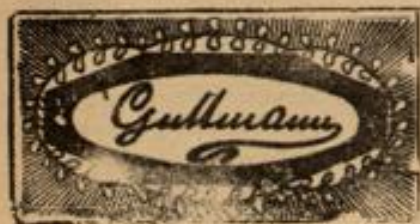
Das Glend in Wien.

Der Wiener jüdische Hauptauskunft für gesundheit-
liche Angelegenheiten und Jugendfürsorge veröffentlichte eine
Statistik über die Abnahme der Zahl der Schulkinder in
den ersten Volksschulklassen: 1910 gab es 56 000 Kin-
der, 1919 nur noch 33 469, 1920 hätten noch 23 000
und 1924 nur noch 13 000 Kinder in die unterste Klasse
eintreten. Im Oktober 1919 gab es in den Volks- und
Bürgerschulen 242 286 Schüler, im laufenden Jahr gibt
es 195 748 und 1924 werden es nur noch 146 000 sein.

Der Wiener jüdische Hauptauskunft für gesundheit-
liche Angelegenheiten und Jugendfürsorge veröffentlichte eine
Statistik über die Abnahme der Zahl der Schulkinder in
den ersten Volksschulklassen: 1910 gab es 56 000 Kin-
der, 1919 nur noch 33 469, 1920 hätten noch 23 000
und 1924 nur noch 13 000 Kinder in die unterste Klasse
eintreten. Im Oktober 1919 gab es in den Volks- und
Bürgerschulen 242 286 Schüler, im laufenden Jahr gibt
es 195 748 und 1924 werden es nur noch 146 000 sein.

Der Wiener jüdische Hauptauskunft für gesundheit-
liche Angelegenheiten und Jugendfürsorge veröffentlichte eine
Statistik über die Abnahme der Zahl der Schulkinder in
den ersten Volksschulklassen: 1910 gab es 56 000 Kin-
der, 1919 nur noch 33 469, 1920 hätten noch 23 000
und 1924 nur noch 13 000 Kinder in die unterste Klasse
eintreten. Im Oktober 1919 gab es in den Volks- und
Bürgerschulen 242 286 Schüler, im laufenden Jahr gibt
es 195 748 und 1924 werden es nur noch 146 000 sein.

neutralen Wertpapiere werden der österreichischen Regierung zur Verwertung freigegeben. Die Verhandlungen über die Verwertung des Tabakmonopols sind noch nicht beendet. Der Staatssekretär für Volksernährung hat auf Grund der versprochenen Kredite Lieferungen über 20 000 Tonnen Weizen und 20 000 Tonnen Roggen abgeschlossen. Auch der Kauf von 20 000 Tonnen Roggen ist abgeschlossen. Die Verhandlungen über die Lieferung von 10 000 Tonnen Mais sind eingeleitet.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Schloß Eck.

Allerlei Nachrichten.

Heimkehr.

Nach einem Drahtbericht der schweizerischen Gesellschaft in Tokio verließ der fünfte Heimkehrerstransport aus Japan Kobe am 12. Februar auf dem Dampfer „Ume Maru“. Der Transport, dessen Führer Oberst v. Kessinger ist, bringt Tschingtau, Schanghai, Sabang und Port Said an. An Bord befinden sich 60 Kriegsgefangene mit 14 Frauen und Kindern, sowie 56 reichsangehörige Männer und Frauen aus Japan. In Schanghai werden ungefähr 300 Personen aufgenommen.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß bis zum 20. Februar insgesamt 190 000 Gefangene, darunter 4300 Offiziere, aus den Gefangenenlagern Frankreichs zurückgeführt sind. Der Abtransport vollzieht sich dauernd planmäßig.

Skaffen des Hungers.

Im „Vorwärts“ wird ausgeführt, daß auch in den breitesten Kreisen des Mittelstandes durch die fortgesetzte wirtschaftliche Erschütterung bis in die tiefsten Tiefen die nackte Not durchgebrochen sei. Es zeuge, sagt das Blatt, von einer großen eisernen Moral, daß diese Sklaven des Hungers noch den Mut und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft behalten und mit ruhender Anspannung der letzten Kräfte eifrig wieder hochzukommen suchen.

Versteckte Waffen?

Havas meldet: Nach einem Telegramm des „Berliner Tageblatt“ aus Flensburg soll die interalliierte Seegrenzkommission auf der Insel Sylt 42 sehr gut erhaltene Geschütze und Revolverpatronen entdeckt haben. Deutsche Offiziere in Zivil sollen diese Kanonen bewacht und nachregeln ergreifen haben, um die Entdeckung durch die internationale Polizei zu verhindern. Eine Abteilung britischer Truppen wird jetzt die Insel besetzen.

Eine tödliche Erfindung.

„Daily Herald“ veröffentlicht einen sensationellen Bericht, wonach in Deutschland durch Churchill und Koste eine Armee für die Frühjahrsoffensive gegen Sowjet-Rußland vorbereitet werde; lediglich aus diesen Gründen habe England auf die Herabsetzung der deutschen Heeresstärke einstweilen verzichtet. Koste habe im Stillen für die Weisse Garde Mannschaften aus der insgesamt auf die Stärke von 1 1/2 Millionen Mann gebracht werden sollte. Die Aushebung der Truppen sei den Offizieren der ehemaligen Bermontarmee übertragen.

Empfang bei Präsident Deschanel.

Das diplomatische Korps wurde vom Präsidenten Deschanel empfangen. Dem Empfang wohnte auch der deutsche Geschäftsträger Minister Dr. Mayer bei. Im Namen des diplomatischen Korps begrüßte ihn der japanische Botschafter Matsui den Präsidenten und versicherte ihm der Mitarbeit der ausländischen Vertreter bei der Erfüllung der Funktionen. Präsident Deschanel erwiderte und sagte, die Welt und die Völker hätten ein ungeheures Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

37. Fortsetzung.

„Zwar schüttelt er bedenklich den Kopf, aber bliden seine Augen auffallend ernst herein; aber er quält sein Kind nicht mehr mit Fragen. Er sagt nur noch ganz langsam, fast feierlich:

„Jolanda! Du wirst bereuen, was du heute tust! Wenn ich nicht mehr bin ... wenn du allein dastehst im Leben ...“

„Vater! Lieber, guter Vater“ fällt sie mit jäh hervorbrechender Leidenschaftlichkeit ein. „Loh mich! Loh mich, ich bitte dich! Befehl mir nicht, von dir zu gehen! Behalt dein Kind bei dir! In die gehöre ich, an deiner Seite ist mein Platz! Sieh, Vater, du hast mir stets den Willen getan — selbst als ich noch ein kleines, unvernünftiges Kind war. Laß mir noch dieses einzige Mal meinen Willen! Ein einziges Mal nur noch — dann will ich alles um, was du befehlst! Vater, Vater, Laß mich nicht von dir!“

Wie der Aufschrei eines zu Tode gequälten Herzens ringt es sich aus der mächtig arbeitenden Brust des unglücklichen Mädchens.

So verharren Vater und Tochter lange Zeit, ohne ein Wort zu sprechen, fast ohne sich zu rühren.

Dann streicht der alte Mann sanft den goldigglänzenden Scheitel an seiner Brust.

„Jetzt geh' zu Bett, mein Kind! Es ist schon Mitternacht!“

Sie nickt.

Noch einmal drückt sie die Hand des Vaters an ihre Lippen.

Dann schleicht die weiße Gestalt langsam, lautlos, wie sie gekommen, wieder hinaus.

Am folgenden Nachmittag ...

In einer der kleineren Seitenhallen des abendlichen Petersdomes, vor dem Kaiserstuhl Michelangelo, der Pieta, liegt Jolanda schlafend auf den Armen.

Arbeit. Es sei noch viel zu tun, um die Friedenssituation aufzurichten und um eine Ära der Ruhe und des Wohlstandes herbeizuführen. Die französische Regierung, das französische Parlament und das französische Volk würden hierzu der Diplomatie mit allen Kräften helfen. Diese Politik könne aber nur aufgekaut werden auf dem Recht und auf der Achtung vor Verträgen. Der Präsident erklärte, es sei zu hoffen, daß durch die Anstrengungen der Diplomatie der Völkerbund gestiftet werden und daß man ihm die notwendigen Aktionsmittel gebe, um Schwierigkeiten zu beseitigen.

Hoffnungen auf Voincaree

Das „Echo de Paris“ schreibt zu der Ernennung Voincarees zum Vertreter Frankreichs in der Wiedergutmachungskommission, in diplomatischen Kreisen setze man große Hoffnungen auf die Neuorientierung, die die Anwesenheit Voincarees in der Wiedergutmachungskommission hervorrufen könne. Die erste Anstrengung des neuen Besprechenden werde sich der Frage der Fristen für die Befragung der Rheinlande zuwenden. Es sei nur zu sicher, daß die feste Haltung, die Millerand in dieser Frage eingenommen habe den Widerstand in der Wiedergutmachungskommission hervorgerufen habe. Diese habe nicht geglaubt, sich der Aufhebung der Fristen, die der französische Ministerpräsident Deutschland angedroht habe, anschließen zu können. Es sei nunmehr zu hoffen, daß die Anwesenheit Voincarees in dieser besonders bedeutsamen Frage ein glücklicheres Ergebnis haben werde.

Nach einer Radio-Meldung aus Washington brachte Senator France eine Tagesordnung ein, durch die der Friedenszustand zwischen Amerika und Deutschland erklärt werden soll. Eine internationale Konferenz soll die Wiedergutmachungs- und Organisationsfragen regeln.

Die Randstaaten.

Da das Gebiet von Lettland vollständig befreit ist, so ist es mit dem Frieden mit den Bolschewisten unterzeichnet. Polen hat ihn abgelehnt. Das Kabinett der lettischen Minister hat sich jedoch entschlossen, den Friedensvorschlag Russlands anzunehmen und die Verhandlungen mit seinen Nachbarn zu beginnen. Da indessen die Presse aller Nachbarstaaten kein Vertrauen zu der Sowjetregierung hat, fordert sie die Regierung auf, auf der Hut zu sein und die Waffen bereit zu halten, um im Falle der Notwendigkeit das Vaterland zu verteidigen. Als politische Maßregel zur Verhinderung des Einwanderns bolschewistischer Agitatoren und um in sanitärer Hinsicht die Verbreitung von Epidemien zu vermeiden, ist die deutsch-lettische Grenze streng abgeschlossen.

Kleine Meldungen.

Berlin. Der Transportarbeiterstreik in den holländischen Häfen hat ernste Rückwirkungen auf die Lebensmittellieferung nach Deutschland. Die in Rotterdam bereits auf Leichtern verladenen und gerade in diesem Augenblick verhältnismäßig großen Vorräte werden nicht weiter befördert. Ueberdies sind auch aus England und Amerika Erklärungen der Hafenarbeitergewerkschaften erfolgt, daß sie die holländischen Schiffe nicht beladen werden.

Berlin. Einige Blätter bringen Auszüge aus einem Gesetzentwurf über die Befriedung der Gebirgs- und Reichstages und der Landtage. Innerhalb deren Pannkreise dürfen Versammlungen unter freiem Himmel und Unzüge nicht stattfinden. Ausnahmen können von den betreffenden Regierungen zugelassen werden.

Bern. Wie das „Berner Tagblatt“ berichtet, ist in der Schweiz die Lebensmittelrationierung aufgehoben worden.

Paris. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, sollen die alliierten Regierungen beschließen haben, dem ehemaligen deutschen Kronprinzen auf sein Ersuchen, für die Besatzungsdienste in der Türkei, keine Antwort zu geben.

Berlin. Helfferichs Flugchrift „Fort mit Erzberger“, die im August 1919 erschien, wurde jetzt beschlagnahmt.

In inbrünstigem Gebet steht sie Gott den Allmächtigen an, ihr Knie zu verbeugen, daß sie freudig, ohne Murren, ihrem erträumten Glück entsage, um fürderhin einfach, abseits vom Sonnenschein des Lebens, ihren Weg zu wandeln.

Ach, wie anders hat sie sich diese Stunde gedacht! An der Seite des geliebten Mannes wollte sie hier knien, eine glückseligende junge Braut im weißen Festgewand, geschmückt mit dem verheißungsvollen Orangenblütenkranz, indes der Priester ihre Hände zusammenlegt zum Bunde fürs Leben ...

Und nun? ...

Dies bezeugt, daß schimmernde Haupt verhält. In ihr liege an derselben Stelle, und in langen, düstern Falten wolle das schwarze Trauerkleid an ihren schlanken Gliedern hernieder.

Leise, feierliche Musik ertönt von einem der vielen Orgeln, welche den hohen Dom schmücken. Dem unglücklichen Mädchen dort vor dem Bilde der „Pieta“ erscheint sie wie ein Totengesang.

Heilige Schauer durchhauchen den geweihten Raum. Sie senken sich herab auf das todeswunde Herz der Lebenden, den furchtbaren Schmerz zu sanfter Trauer verflüchtend ...

Neu gekürzt erhebt sich Jolanda von den Knien. Sie schlägt den Schleier zurück. Aufrechten Hauptes, das bleiche, aber ruhig-ergebene Antlitz unverhüllt — so schreitet sie langsam durch die gewaltigen Hallen. Nicht links, nicht rechts sieht sie. Nach innen ist ihr Blick gerichtet.

Sie gewahrt auch nicht den robusten, rotbärtigen Mann, der sich schon eine Weile beobachtet und jetzt, beim Anblick ihres Gesichtes in nächster Nähe, zusammensinkt.

In einiger Entfernung folgt er der dunklen, hohen Gestalt, wie sie langsam den Dom durchschreitet und hinausströmt auf die gewaltige Treppe, die hinabführt zum St. Petersplatz.

Hier bleibt sie einige Sekunden stehen, um noch ihrem Wogen Umschau zu halten.

Da nähert sich ihr der Mann, den Gut in der Hand. „Fräulein Bonmartino, wenn ich nicht irre?“

Polales und Provinzielles.

Schierstein, den 24. Februar 1920.

s. Gemeindevorstellung. Die gestrige Sitzung war besucht von sämtlichen Gemeindevorstellern, auch die Gemeinderatsmitglieder waren bis auf Herrn Wasserhauer fast vollständig erschienen. Den Vorsitz führte Herr Bürgermeister Kessels.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt G. V. die folgende Ansprache:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Benor wir zur Erledigung unserer heutigen Tagesordnung schreiten, gestatten Sie, daß ich Sie im Namen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, wie uns unsere Mitbürger von der anderen Seite so vortrefflich gelassen haben, als neues Ortsobershaupt herzlich begrüße und Sie zugleich bitte, mir zu gestatten, einige Worte zu Sie zu richten.

Wie Sie ja wissen, hat Sie das Los gegen unsern Willen zum Bürgermeister unseres Ortes bestimmt. Ihre Gefühle, mit denen Sie Ihr neues Amt angetreten haben, mögen wohl sehr gemischte gewesen sein. Mühen Sie sich doch immer wieder sagen, daß Sie mit uns Bürgerlichen, die wir Ihnen nicht unsere Stimme gegeben haben, recht viel Schwierigkeiten haben würden. Dies ist nicht der Fall, und daß wir auch ganz vernünftige Menschen sind, möchte ich Ihnen mit nachstehendem klarlegen.

Wie allgemein bekannt, war die Amtsperiode des Herrn Bürgermeisters Schmidt bereits im Juni v. J. abgelaufen. Wir hatten uns ja immer schon gewundert, daß uns von den vorgesezten Dienststellen keinerlei Aufforderung zu einer Neuwahl des Bürgermeisterspostens zugeht. Sie sagten uns aber, man wird auch höheren Ortes einsehen, daß unter den heutigen äußerst schwierigen Verhältnissen vermehrt noch durch die Nebenarbeiten, die die französische Besatzung hervorruft, man nur ungern die Leitung einer derartigen großen Gemeindeführung wie Schierstein in andere Hände legt, da dies ja keinesfalls im Interesse der Allgemeinheit liegen dürfte. Wir haben uns hierin gerührt. Durch eine Verfügung des Herrn Landrat wurde kurzerhand angeordnet, daß wir bis dann und dann eine Neuwahl des Bürgermeisterspostens vorzunehmen hätten.

In einer vom Herrn Landrat kurz darauf erteilten Gemeindevorstellung stand dieser für uns naturgemäß äußerst wichtige Punkt auf der Tagesordnung zur Besprechung. Wir bürgerlichen Vertreter hielten es für unbedingt im Interesse Schiersteins liegend, daß Herr Bürgermeister Schmidt die Leitung unserer Gemeindeführung bis zu der auf Grund der neuen Landgemeindevorstellung vorzunehmenden Neuwahl beibehalte und daß der Posten alsdann zur Ausweidung gelangt. Die sozialistischen Vertreter waren für eine sofortige Ausschreibung der Stelle, da sie Herrn Bürgermeister Schmidt ihre Stimme unumwunden geben könnten. Die Gründe, die für uns für eine Neuwahl des Bürgermeisterspostens maßgebend waren, waren kurz folgende:

1) lag u. E. absolut keine Veranlassung vor, dem Bürgermeister Schmidt, der die Geschichte der Gemeinde als vorzüglich bewährter Verwaltungs- und Finanzbeamter während seiner ganzen Amtsperiode nach jeder Richtung hin auf das Beste geleitet hat, einfach fallen zu lassen und ihm den Stuhl vor die Tür zu setzen, da man ihm ja weder Amtsvergehen noch sonstige die Interessen Schiersteins schädigende Umstände nachweisen konnte. Ich möchte deshalb nicht verhehlen, Herrn Bürgermeister Schmidt auch an dieser Stelle im Namen der bürgerlich gesinnten Einwohner Schiersteins meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die treue, aufopfernde und nach jeder Richtung hin gerechte und gewissenhafte Amtsführung.

Jolanda hebt die Lider. Ein erschauertes, weltfremdes Bild trifft den Betrachter, der es wagt, sie hier, auf der Treppe des Petersdomes, anzusprechen.

Sie nimmt die Schleppe ihres Gewandes zusammen und will weiter schreiten, an ihm vorbei.

Doch er vertritt ihr den Weg.

„Sie müssen mich anhören, Fräulein Bonmartino“, sagt er höflich, halblaut. „Ich bin hierher gekommen, um Sie als glückliche Braut zu sehen. Und nun ...“

Mit einer berechneten Geste hebt Jolanda abwehrend die Hand.

„Und nun seh' ich Sie trauernd im schwarzen Kleid“, fährt der Mann unbeteiligt fort. „Was soll das heißen?“ Groß und voll schlägt Jolanda die schönen, ernsten Augen zu dem Mann auf.

„Ich brauche Ihnen nicht zu antworten“, erwidert sie höflichvoll. „Und doch will ich es tun. Sie sind der Mann, der mir neulich im Hause der Frau Salomea Belloni so feindselig gegenübertrat. So hören Sie denn: ich weiß jetzt, Sie hatten recht in Ihren Anklagen. Und ich frage Sie: was gedenken Sie in der Sache zu tun? Natürlich Salomea zu ihrem Recht verbleiben?“

„Natürlich“, lautet die rasche Entgegnung. „Natürlich. So bald als möglich.“

Jolandas Antlitz wird noch um einen Schatten bleicher.

„Sie haben recht“, murmelt sie gepreßt. Und mit leichtem Reigen des Hauptes schreitet sie weiter, die breite Treppe hinab, an deren unterster Stufe der gallonierte Diener ihrer harret, um sie zum Wagen zu geleiten.

Toben aber steht der rotbärtige Mann und blickt der stolzen Frauengestalt nach, wie einer Erscheinung aus einer andern Welt.

Der fast überirdische Glanz dieses weißen Gesichtes hat den rauhen Bildhauer bis ins tiefste Herz getroffen.

Fortsetzung folgt!

2) hielten wir es für eine unbedingte Schädigung für unseren Ort, wenn wir die Leistung unseres Gemeindefiskus unter den heutigen doch äußerst schwierigen Verhältnissen, die mehr denn je Männer von großer Erfahrung und Tatkraft erfordern, einfach wie einen alten Rock wechseln und die Geschicke unseres Ortes einfach neuen Herrn anvertrauen, zumal von dessen Fähigkeiten wir keine Kenntnis haben, ja über kurz oder lang auf Grund uns zu überzeugen wir ja über kurz oder lang auf Grund der neuen Landgemeindevorordnung gezwungen werden, uns ein neues Ortsobhaupt zu erwählen.

3) war für uns die nomenklisch von sozialistischer Seite ins Auge gefasste und angeregte Eingemeindungs-Verhandlung mit Wiesbaden für unseren Entschluß mitbestimmend. Diese Angelegenheit hat ja in der Zwischenzeit insofern ihre Erledigung gefunden, als wir aus dem kürzlich Bericht der Stadtverordneten-Sitzung in Wiesbaden entnehmen konnten, daß die Stadt Wiesbaden unter den heutigen Verhältnissen keine Möglichkeit sieht, der Eingemeindung irgend eines Vorortes zuzustimmen. Zur damaligen Zeit jedoch hatte die Stadt, als wenn mit dem Beginn von Verhandlungen jeden Tag begonnen werden könnte, und wir waren uns in diesem Falle klar, daß die Interessen, Vorteile und Wünsche unseres Ortes keiner besser in unserem Interesse vertreten könnte, als Herr Bürgermeister Schmidt, der auf Grund seiner langjährigen Erfahrung am Orte ganz genau weiß, was uns nützt.

4) war für uns bei einer eventl. Neuwahl auch der finanzielle Punkt von ausschlaggebender Bedeutung. Ein Vertreter der anderen Partei hat ja des öfteren behauptet, daß bei einer eventl. Pensionierung des Herrn Bürgermeisters Schmidt der Gemeinde keinerlei Kosten entstehen würden. Wir wußten jedoch aus den Bestimmungen der betr. Pensionskasse, daß die Gemeinde, falls Herr Bürgermeister Schmidt nicht wiedergewählt wird, 50% Zuschuß = Mk. 1400.— pro Jahr zur Pension hinzuzahlen hat. Des weiteren waren wir uns auch klar darüber, daß ein neuer Bürgermeister unmöglich sein Auskommen mit dem Hungerlohn, wie Herr Bürgermeister Schmidt bisher bezogen hat.

Dies waren kurz die hauptsächlichsten Gründe, die für uns für eine Wiederwahl des Herrn Bürgermeisters Schmidt bestimmend waren, da wir im Interesse unseres Ortes glaubten, nach bestem Gewissen so handeln zu müssen.

Von sozialistischer Seite wurde uns entgegengehalten, daß dies wohl alles ganz gut und schön sei, daß aber das persönliche Verhalten des Herrn Bürgermeisters Schmidt einzelnen Einwohnern gegenüber doch oft recht viel zu wünschen übrig lasse. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie werden es ja wohl auch wissen und in Ihrem neuen Amte es auch recht bald am eigenen Körper zu spüren bekommen, wie schwer es ist, allen Menschen recht zu tun. Daß Herr Bürgermeister Schmidt viel mit Höflichkeit um sich geworfen hat, kann auch ich nicht gerade behaupten. Aber immerhin ist mir solch ein Mensch, der mir, wenn ich an ihn mit Forderungen herantritt, die er nicht erfüllen kann oder die ihn zu einer Überschreitung seiner Amtsbefugnisse verleiten sollen, seine Meinung in guten deutschen Worten sagt, immer noch lieber, als derjenige, der mir ins Gesicht recht schön und freundlich ist, und hinter meinem Rücken alle möglichen und unmöglichen guten Wünsche auf mein Haupt herabschleudert. Auch die sonstigen von unseren Gegnern vorgetragenen Gründe, die meist Angelegenheiten persönlicher Natur waren, konnten unseren lediglich auf dem Wohl der Allgemeinheit basierenden Gründen nicht annähernd das Wasser reichen.

Ich habe Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, unseren lehrreichen Standpunkt dargelegt und stelle es Ihrem gesunden Urteil anheim, die entsprechenden Schlüsse hieraus zu ziehen. Sie sehen jedenfalls, daß unsere Haltung keinerlei Antipathie gegen Ihre Person vorliegt. Sie haben gelegentlich unserer letzten Sitzung uns versprochen, daß Sie die Geschicke der Gemeinde jederzeit in gerechtester Weise nach bestem Wissen und Können und ohne Ansehen der Partei und Person lenken wollen. In diesem Falle kann ich Ihnen im Namen der bürgerlichen Vertreter versprechen, daß Sie an uns treue Mitarbeiter finden werden zum Wohle unserer Gemeinde.

Unter den zahlreichen Aufgaben, die einer Lösung durch Sie harren, liegt es mir am Herzen, Ihnen ganz besonders eine Aufgabe zu nennen, der deren glücklicher Durchsührung Sie sich bei der hiesigen Einwohnerschaft sehr gut und schnell einführen werden und sich im voraus den Dank der Allgemeinheit zusichern. Es betrifft dies die in letzter Zeit im Orte immer mehr überhand nehmenden Diebstähle. Es vergeht fast keine Woche, daß nicht dem oder jenen Bürger sein dachendes Kleintier in gemeinlicher Weise aus dem Stall gestohlen wird, ohne daß es bisher gelungen ist, die Täter namhaft zu machen. Die Nachpolizei scheint völlig zu versagen und die politischen Behörden haben auch bisher noch zu keinerlei Erfolg geführt.

Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir noch einige Worte an sämtliche hier anwesenden Vertreter zu richten. Wie der Herr Landrat bereits gelegentlich seiner kürzlichen Anwesenheit in diesem Saale anführte, ist es für uns Deutsche die allerhöchste Zeit, daß wir nur einmal endlich mit dem vielen Parteigezank im Innern aufhören; wir zerstreuen uns als deutsche Brüder gegenseitig, vergeuden unsere besten Kräfte an Nichtigkeiten und machen uns vor dem gesamten Ausland lächerlich. Das traurige Elend unseres in der Hauptsache durch innere Kämpfe zu Grunde gerichteten Vaterlandes sollte uns doch wahrlich genug zu denken geben.

Ist es im Staate bereits zum größten Uebel, Parteipolitik zum Bestandteil aller Handlungen zu machen, so ist es in der Gemeindeverwaltung direkt ein Verbrechen, wenn eine Gruppe lediglich zur höchst möglichen Erreichung von Sonderinteressen, die nur einem Teil der Bevölkerung zugute kommen, eintritt, während vielleicht der größere Teil der Bevölkerung hierunter bitter zu leiden hat. Ich meine, in der heutigen ersten Zeit dürfen wir uns bei unseren Beratungen auf dem Rathaus nicht von Parteipolitik leiten lassen. Wir sind doch schließlich alle Bürger einer Gemeinde, ziehen alle an einem Seil und haben das Gute oder Schlechte, das über unseren Ort hereinbricht, gemeinsam zu tragen, so daß wir uns bei unseren Beschlüssen nicht immer erst bestimmen sollten, ob wir auch nicht mit unseren Parteinteressen in Konflikt geraten.

M. H. Ich bin auch nicht gerade mit Glücksgütern in hohem Maße gesegnet und muß mein täglich Brod, wenn auch nicht mit Handarbeit wie Sie, so doch im ehehchen, harten Kampfe mit Feder und Tinte verdienen. Ich kann daher Ihre Fürsorge, die Sie der arbeitenden Klasse zuwenden, verstehen. Diejenigen von Ihnen, mit denen ich Gelegenheit hatte, zusammenzuarbeiten, werden wohl auch zugeben müssen, daß ich immer ein warmes Herz für den Arbeiterstand hatte. Aber, meine Herren, ich meine, alles muß doch immer im Rahmen des Möglichen bleiben und wir dürfen nicht zulassen, daß durch derartige sicherlich gut gemeinte Handlungen vielleicht dem größeren Teil unserer Mitbürger größere finanzielle Lasten auferlegt werden, zu deren Ertragung die meisten unter den heutigen Verhältnissen nicht im Stande sind.

Ich möchte deshalb an unsere anders denkenden Mitbürger die Bitte richten, künftig nicht immer am Parteistandpunkt strikte festzuhalten, sondern sich immer gut zu überlegen, ob unsere Entschlüsse auch tatsächlich der Allgemeinheit zugute kommen. Unsererseits kann ich Ihnen jedenfalls die Versicherung geben, daß wir Ihren Anträgen, die der Allgemeinheit zu Nutze und frommen dienen, dann auch mit Freuden unsere Stimme geben werden. Ich schließe meine Ausführungen mit dem Wunsche, daß unsere künftigen Beratungen unter der Leitung unseres neuen Ortsobhauptes stets von guten Erfolgen begleitet sein mögen zum Wohle unserer Gemeinde und somit zu unserem eigenen Wohlergehen!

G. R. Eitner erwiderte hierauf nur kurz, stellte aber fest, daß die Bürgerlichen auf keinen Fall und in keiner Weise für eine Ausschreibung zu haben gewesen seien, sondern nur für Bürgermeister Schmidt eintreten wollten. Wenn sie nun in einer solchen Weise von Bürgermeister Schmidt abriden, so sei das ihre Sache. Im übrigen aber sei festzustellen, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion stets nur zum Wohle des Ganzen ihre Kraft einsetzen werden. Auch sie hoffen dabei auf ein verständnisvolles Zusammenarbeiten mit dem neuen Bürgermeister.

Herr Bürgermeister Kessels machte kurze Ausführungen und betonte, daß er getreu seinem Versprechen, die Amtsgeschäfte nur in unparteiischer Weise und ohne Ansehen der Person führen werde.

Die Tagesordnung wurde wie folgt erledigt:

1. Gesuch der Ortsbauernschaft Schierstein auf Gewährung eines Zuschusses zur Viehabgabe.
Das Gesuch, das in letzter Sitzung schon eingehend besprochen war, wurde einstimmig genehmigt. Es handelt sich vorläufig nur um die Abgabe von 2 Rindern resp. Kühen, nicht um 8 Stück, wie im letzten Bericht irrtümlich gemeldet war. Nach dem Beschluß wird die Differenz zwischen der Zahlung des Reiches und dem wirklichen Wert von der Gemeindefasse getragen.

2. Beschlußfassung über Verwertung des Holzes aus dem Gemeindefeld.

Der Gemeindevorstand hat sich eingehend mit der Holzfrage beschäftigt. Auch Herr Gemeindeförster Mehl war zu den Beratungen zugezogen worden. Es handelt sich heute nur um die Versteigerung des Kuchholzes. Die hiesigen Handwerker wollen natürlich viel Vorteile aus dem Gemeindefeld ziehen, andererseits aber müssen bei den großen Ausgaben der Gemeindefasse auch die notwendigen Mittel zugeführt werden. Es wurde nach eingehender, längerer Beratung mit 15 gegen 3 Stimmen beschlossen, den einen Schlag Kuchholz öffentlich auszubieten, den anderen aber den hiesigen Handwerkern zu einem niedrigeren Durchschnittspreis zu überlassen.

3. Antrag des Wasserwerks Wiesbaden auf künstliche Ueberlassung eines Feldweges.

Die Stadt Wiesbaden braucht aus wirtschaftlichen Gründen den einen Feldweg, der in das Wasserwerk führt. Sie bietet dafür Bezahlung oder Austauschgelände an. Da für die Gemeinde die Sache noch nicht spruchreif ist, wird dieser Punkt an den Gemeindevorstand zurückerwiesen.

4. Bewilligung der Pension für den Bürgermeister a. D. Schmidt.

Nach § 84 der Landgemeindevorordnung hat der Bürgermeister Anspruch auf die Hälfte des Gehaltes als Pension nach 12jähriger Dienstzeit, also auf 2800 Mark. Die Hälfte dieser Summe entfällt auf die Pensionskasse, die andere Hälfte auf die Gemeinde. Sie wird einstimmig bewilligt.

5. Beschlußfassung über nachträgliche Gewährung eines Zuschusses zum Lokalgewerbeverein.

Dem Gewerbeverein wird ein Betrag von 196 Mk. für 1919 nachverwilligt. Für 1920 wird später Beschluß gefaßt werden.

6. Antrag des Lehrer-Kollegiums auf Erhöhung der Ortszulagen für die Lehrer.

Die Lehrer haben wieder zwei Eingaben gemacht um Erhöhung der Ortszulagen für Lehrer auf 900 Mk., für Lehrerinnen auf 600 Mark. Die Gemeindevorstellung

beschließt einstimmig, dem Gesuch stattzugeben, und zwar rückwirkend vom 1. Oktober ab.

7. Genehmigung der Fohlenversteigerung.

Die Versteigerung hat einen Erlös von 3150 Mk. ergeben. Herr Stier war Höchstbietender. Da das Resultat als gut bezeichnet wird, wird die Versteigerung einstimmig genehmigt.

Nach Erledigung der Tagesordnung fragt G. R. J. Sattler an, wie weit die Angelegenheit der Entschädigung bei dem Explosionsunglück gediehen sei. Herr Bürgermeister Kessels giebt den Schriftwechsel zwischen Gemeinde, Regierungspräsident, Staatsanwalt und Reichskommissar bekannt, aus dem endgültiges Resultat aber nicht zu entnehmen ist. G. R. Eitner schlägt vor, die ganze Angelegenheit im Gemeindevorstand nochmals zu behandeln.

G. R. D. Kahn fragt an, ob Schritte getan worden seien, die Ruinen des Abischen Grundstückes zu beseitigen. Die Auskunft geht dahin, daß das Grundstück erbschaftshalber zum Verkauf kommt und deshalb hoffentlich bald verschwinden würde.

G. R. Alee bringt schwere Klagen in der Milchversorgung vor. Während für Kranke und Kinder keine Milch vorhanden ist, wird solche nach auswärts gebracht, besonders ist dies bei der Ziegenmilch der Fall. Wenn die Ziegenbesitzer von der Gemeinde billiges Futter verlangen, dann sollten sie auch die Ziegenmilch hier lassen und nicht nach auswärts bringen. Vielleicht ließe sich die Angelegenheit durch Ortsstatut regeln. — G. R. Alee fragt weiter an, weshalb das Gesuch des früheren Hilfsbeamten Seipel noch nicht erledigt sei. Das Gesuch habe auch noch nicht dem Gemeindevorstand vorgelegen. — Es ergeht Auskunft dahin, daß Seipel überhaupt kein Gesuch eingereicht habe, sondern eine Rechnung für geleistete Ueberstunden. Die Rechnung sei aber beanstandet worden, weil Seipel sich sonderbarerweise unentgeltlich zur Milchabgabe zur Verfügung gestellt habe. Betr. der Milchversorgung schlägt Herr Eitner vor, die Angelegenheit der Lebensmittelkommission zu überlassen.

Die Sitzung hatte damit ihr Ende erreicht.

* Auf den heute abend stattfindenden Elternabend im „Deutschen Kaiser“ wird nochmals hingewiesen.

** Postalisches Postsendungen nach dem von den Italienern besetzten Gebiet Tirols unterliegen nicht mehr den im Verkehr mit Österreich geltenden ermäßigten Sätzen sondern den Gebühren für Sendungen nach Italien.

** Bessere Verpackung der Pakete. Von der italienischen und schweizerischen Postverwaltung wird darüber geklagt, daß ein großer Teil der aus Deutschland stammenden Pakete mit Wertangabe in wenig haltbares Papier verpackt und mit Papierbindfaden umschnürt sei; außerdem würden durch Pakete, die mit schneidenden Eisenbändern umschnürt sind, Unzuträglichkeiten in ihrem Dienstbetrieb hervorgerufen. Da die beiden Verwaltungen angeklagt haben, daß sie künftig Paketsendungen mit ungenügender oder unzumutbarer Verpackung und Verschnürung zurückweisen werden, sind die Postanstalten angewiesen worden, auf eine ausreichende Verpackung der Pakete nach der Schweiz und nach Italien, vor allem der Wertpakete, besonders sorgfältig zu achten und Pakete, deren Umschnürung aus Metallbändern mit scharfen Rändern besteht oder nicht genügend fest und widerstandsfähig ist, nicht anzunehmen.

** Das Reichspostministerium bereitet einen Sonderabdruck des Verzeichnisses der mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags abgetrennten Postorte vor. Es ist beabsichtigt, Stände davon gegen Kostenerstattung an Behörden, sowie auch an das Publikum abzugeben. Bestellungen sind an die Geheimkanzlei des Reichspostministeriums zu richten.

* Führung der deutschen Flagge innerhalb des besetzten Gebietes. Laut Verfügung der G. J. N. E. Köln (8084/1 vom 17. 2.) ist die deutsche Flagge auf dem Rhein innerhalb des besetzten Gebietes wieder zugelassen.



Von der Not der Zeit.

nz. Berlin, 23. Febr. Im „Vorwärts“ wird angeführt, daß auch in den breitesten Kreisen des Mittelstandes durch die fortgesetzte wirtschaftliche Erschütterung bis in die tiefsten Tiefen die nackte Not durchgebrochen sei. Es zeugt das Blatt, von einer großen eisernen Moral, daß diese Sklaven des Hungers noch den Mut und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft behalten und mit rührender Anspannung der letzten Kräfte ehehch wieder hochzukommen suchen.

Die Frage denn nicht? — Junger Mann: „Die Frage paßt, aber ich habe nicht gepaßt.“
Eine gute Idee. „Ja, meine Herren, gute Ideen muß man haben, wenn man weiterkommen will. So habe ich einen Freund, der Ingenieur ist und durch eine gute Idee auf einmal Millionär geworden ist.“ — Stimme aus der Gesellschaft: „Wie hat er das angefangen?“ — A.: Er hat eine Millionärin geheiratet.

Kleinigkeit. „Ich muß Ihnen doch sagen, Beilchenbaum, daß Sie ein ganz gemeiner Betrüger, ein Schuft und ehrloser Hallunke sind!“ — „Gott... und darum lassen Sie mich eigens aus Telephon rufen?“

Bekanntes Mißgefihl. Alter Herr: „Warum weinst du denn so, mein Junge?“ — „Vater hat sich beim Nadeln eingeschlagen auf den Finger gehauen.“ — „Und das tut dir so leid?“ — „I wol! Aber weil ich darüber gelacht habe, hab ich Prügeln gekriegt.“

Eisenbahngelassen. Wenn du den Bahnhof betriffst, laß alle Hoffnung hinter dir. — Den Fahrplan seht ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. — Der ärmste Einfall der Eisenbahnverwaltung war der reiche Ausfall an Zügen. — Jede Fahrkarte gibt ein sicheres Anrecht auf Nichtbeförderung. — Wenn wieder einmal Ordnung sein wird, kann man später früher ankommen. — Daß in jedem Zug nur ein Hundesteil ist, ist erstaunlich. Ist doch die Eisenbahn ganz auf den Hund gekommen. — Auf einen Schaffner rechnet man 100 Reisende und 1000 Beschwerden. — Auf der Eisenbahn wird heute angeblich nichts veräumt, wenn man von den Anschlüssen absteigt. — Auch im Eisenbahnkursbuch herrscht eine schlechte Belohnung. — Der Mangel an Heizung muß jeden Reisenden kalt lassen.

Weibliche Logik. Gatte (zu seiner Frau, die nach dem sie das Haus verlassen hatte, noch einmal eilig zurückkehrt): „Aha! Du kommst wohl zurück, weil du wieder etwas vergessen hast?“ — Gattin: „Unfinn! Ich vergesse nie etwas. Ich komme zurück, weil ich mich noch an etwas erinnern habe.“

Stimmt. Unteroffizier: „Was ist die erste Bedingung, damit ein Soldat mit militärischen Ehren begraben werden kann?“ — Soldat: „Daß er tot ist.“

Das Heiraten im Sprichwort. Wenn man auf den Rat hören wollte, den die Sprichwörter in Bezug auf die Ehe erteilen, so würde die Ehelosigkeit von Tag zu Tag zunehmen. So sagt z. B. ein russisches Sprichwort: „Er ward wahnsinnig und heiratete.“ Der Italiener sagt ebenso wenig vertrauenswürdig: „Ein Mädchen heiraten und ein Pferd kaufen soll man nur von seinem Nachbarn.“ Ein anderes lautet: „Wer Ehereterei in seinem Leben haben will, muß sich ein Schiff oder ein Weib nehmen.“ Ein englisches Sprichwort sagt: „Traurig ist die Frau, die keine Junge hat, wohl dem Manne, der eine solche Frau bekommt.“ Von den Schotten stammt folgendes Wort: „Besser hängt als unglücklich verheiratet.“

Im Schieberviertel von Berlin.

Der Revolutionszeit blieb es vorbehalten, in Berlin ein besonderes Schieberviertel zu schaffen, eine Art Getto mit ausländischem Stempel, wie man es in dieser Form in der nüchternen preussischen Hauptstadt früher nicht gekannt hat. Freilich befindet sich dieses Getto in einem der wenigen Stadtviertel von Berlin, die stets ein bißchen altmodisches Gepräge hatten, in dem alten Scheunenviertel nordwestlich vom Alexanderplatz. Das ist ein Viertel mit allen ein- und zweigeschossigen Häusern mit verfallenen und abgeblätternen Fassaden, erblindeten Fensterscheiben und schmutzigen Höfen, hinter denen sich gewöhnlich noch ein Hintergebäude erhebt. Einzelne große Miethäuser sind dazwischen gestreut, ein paar Durchgangstraßen sind nach dem Bulowplatz wo die Volkshäuser steht, geöffnet worden, sonst aber hat dieses Viertel noch denselben Charakter wie vor Jahrzehnten. Den ganzen Tag über sieht man hier Männer herumstreifen, die in östlichen Reklamanten handeln und schwärzen über alles mögliche, und viele von ihnen machen den Eindruck, als ob, wie das Sprichwort sagt, nur Mühlsteine und glühendes Eisen vor ihnen sicher wären. Wie auf eine wohl vorbereitete Herberge hat sich die ganze Schieber- und Händlergesellschaft, die stets von Dingen über unsere zu leicht geschätzte Grenze herüberströmt, auf dieses Viertel geworfen. Welche Gefahr es in mehr als einer Hinsicht für die Reichshauptstadt bildet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. Nicht nur die verbotenen Waren strömen hier zusammen, auch die bolschewistischen Propagandaschriften, mit denen immer wieder die unzufriedene Bevölkerung aufgepeitscht wird. Vor allem wird hier ein Verd für ansteckende Krankheiten vorbereitet, der im Sommer sehr gefährlich werden kann, denn es leben hier Tausende und vielleicht Zehntausende, die sich nie polizeilich melden, in überfüllten Wohnungen, Höfen und Kellern. Der Polizeipräsident hat sich selbst kürzlich für nötig, in einer Eingabe an die Regierung auf die Gefahr dieses Schiebergettos hinzuweisen. Von Zeit zu Zeit veranlaßt die Polizei unerwartet Patrouillen, holt die Schieber zu Hunderten von der Straße, aus den Höfen und Gängen und treibt sie in der nahegelegenen Alexanderkaserne zusammen. Dort werden sie untersucht und eine Anzahl von ihnen der gewöhnlich viel zu milden Behandlung durch die Gerichte überliefert.

Theater-Spielplan.

Kassauisches Landestheater in Wiesbaden.
Vom 25. bis 29. Februar 1920.

Mittwoch, Ab. 8. Zum ersten Male: „Das vergessene Ich.“ Anfang 6½ Uhr. Komische Oper in 2 Aufzügen. Dichtung von Richard Schott. Musik von Waldemar Wendland. Hierauf: „Die Puppenfee.“
Donnerstag, Ab. 8. „Mignon.“ Anfang 6½ Uhr.
Freitag, Ab. 8. „Ein idealer Gatte.“ Anfang 6½ Uhr.
Samstag, Ab. 8. Zum 25. Male: „Die Rose von Stambul.“ Anfang 6½ Uhr.
Sonntag, Nachm. Bei aufgeh. Abonnement! Sondervorstellung für die Gemeinden des Landkreises Wiesbaden: „Die drei Willinge.“ Anfang 2 Uhr. (Ein Kartenverkauf findet nicht statt). Abends. Bei aufgehobenem Abonnement! „Margarete.“ Anfang 6 Uhr.

Kasidenztheater in Wiesbaden.

Mittwoch, Abends 7 Uhr: „Die Puppe.“
Donnerstag, 3. Gastspiel von Mitgliedern des Mainzer Stadttheaters. Neuheit! „Die Marquise von Arcis.“
Freitag, Abends 7 Uhr: „Die Dollarprinzessin.“
Samstag, Abends 7 Uhr: Neuheit! Zum 1. Male! „Die Frau im Hermelin.“
Sonntag, Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise! „Eine Ballnacht.“
Abends 7 Uhr: „Die Frau im Hermelin.“

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Briefettausgabe.

Mittwoch, den 25. ds. Mts., von 8 Uhr vorm. ab, gelangen im Hofe der alten Schule für die durch Hochwasser geschädigte Familien

je 4 Zentner Briefetta

zur Ausgabe.

Bezahlung mit 10,50 Mt. pro Ztr. hat vorher auf Zimmer 7 des Rathhauses zu erfolgen.

Verkauf von Margarine.

Mittwoch, den 25. ds. Mts.

findet auf dem Rathhause die Ausgabe von Margarine statt und zwar:

für den Brodkartenbezirk Nr. 1 von 8-9 Uhr
" " " " 3 " 9-10 "
" " " " 4 " 10-11 "
" " " " 2 " 11-12 "

Es werden auf jedes Familienmitglied 150 Gramm Margarine ausgegeben. 150 Gramm kosten 2,50 M. Brodkartenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Diese muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsvorstandes versehen sein. Die Belege sind genau einzuhalten und die Beträge sind abgezählt mitzubringen.

Betr. Ausgabe von Weizengries.

Die Ausgabe von Weizengries für Kinder u. Kranke findet Donnerstag, den 26. ds. Mts., von 9-10 Uhr, gegen Vorzeigung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathhause statt. Ein Pfund Gries kostet 1 Mark.

Betr. Lebensmittelausgabe.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangen 200 Gramm Weizenmehl, das Pfund zu 1 Mk., 250 Gramm Grünkern, das Pfund zu 1,25 Mk., 150 Gramm Weizenmehl, das Pfund zu 0,90 Mk., 125 Gramm Kunsthonig, das Pfund zu 3,70 Mk., 225 Gramm Zucker, das Pfund 1,45 Mk., zur Ausgabe

Schierstein, den 28. Februar 1920.

Der Bürgermeister Kessels.

Abk-Holzversteigerung.

Am

Montag, den 1. März ds. Js., 9½ Uhr vorm. wird im Distrikt 6 Bodenwaag des hiesigen Gemeindewaldes nachstehendes Abholz öffentlich meistbietend an Ort und Stelle versteigert:

51 Eichen Stämme mit 43,85 fm.
15 Buchen " " 13,57 fm.
55 Kiefern " " 38,93 fm.

Sammelplatz für Käufer Forsthaus Rheindlich.

Schierstein, den 23. Februar 1920

Der Bürgermeister Kessels.

Säcke Felle

Pumpen, Papier, Neutuchabfälle, Wollegetriebe, Rohhaare, Gummi, Kupfer, Messing, Zint, Blei, Etanisol, Eisen (auch zu höchsten Tagespreisen)
Mieser & Sperber, Wiesbaden, Döppelmeierstr. 20. Telefon 6120.

Perfer

Wiesbaden, Friedrichstraße 55, Telefon 1627.

Müller's Gelegenheitskäufe

Platin

Zur

Gold, Silberfaden und Zahngelbisse sowie städtischer freigegebene Möbel, Kleider und Schuhe, Leib- und Bettwäsche erzielen Sie die höchsten Preise bei

Müller, Wiesbaden, Wagemannstr. 29.
Bitte rufen Sie Tel. 6109 an. Hören Sie meine Preise

Fußbodenöl la am. geruchl. Bernstein-Lack

Str. 12. Bernsteins-Lack
1a Bohnerwachs kg Mk. 15.
H. Röhrig & Co.,
Färben- und Lackfabrik,
Wiesbaden, Marktstraße 6.

Übermalige große Preiserhöhung

Setzflaschen, alle Sorten Wein- und Vitroflaschen, Setz- und gute Weinfässer, Weinfässer, Metalle, Art, Papier, Lumpen, alte eiserne Dosen, Badewannen, Kessel und Hakenfelle und dergleichen auch andere

Fritz Aders Ankaufsstelle

Wiesbaden, Wellrichstraße 21.

Telephon Nr. 3930.

Postfachkonto 19

Gold	in jeder Form und Menge auch	kaufen
Juwelen	Platin	für hohen Preis!
Uhren		
Bok	Wiesbaden - Kirchstraße 70	Silber

Achtung! Achtung! Achtung!

Zahle für Setzflaschen per Stück 1,50 Mt. Kasse Weinfässer, Kognatflaschen, Bordeauxflaschen 12 Mt., altes Eisen, Lumpen, Metalle, Kessel und Hakenfelle zu den höchsten Preisen.

Firma L. Wiegand,

Wiesbaden, Hochstättenstraße 6/8.

Blauer Alee

(Ewiger) Deutscher od. Kottlee, Kuntelraben in den besten Sorten empfindlich

Josef Kunze, Samenhandlung,
Mainz, Korbstraße 18

Gold- und Silbermünzen

sowie Bruchgold u. Silber kauft zu höchsten Tagespreisen
Mülberg, Mainz, Quintinsstraße 12

Arbeiter

dauernd.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle

Kaufe

zu hohen Preisen

Brillanten
Uhren
Gold
Silber

in jeder Form und Menge.

Singer,
Wiesbaden,
4 Langgasse 4

Aufwartung

gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Derjenige, der die beiden Gänse am Samstag eingekauft hat, ist erkannt und wird gebeten, sie bis Mittwoch abend 8 Uhr in der Küferstraße 7 abzuliefern, andernfalls gerichtlich vorgegangen wird.

Mann

auf einige Tage gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Alleinmädchen

1. bis 1. März im Kochen, in kleinen Privat-Hausarbeit gesucht. Lohn 80 Mt.

Biebrich a. Rh.

Angewandte 17, p. Vorstellen nur vormittags oder schriftlich.

Die neuesten Formen

Stroh- und Tagelilien und vorgefertigt.

Modistinnen erhalten Preisermäßigung

Keine Bedienung! Eigene Werkstatt, Png. u. Raffonier-Meister J. Wagner, Mainz, Mühlstraße 3.

Karbid,

Karbid-Lampen, Kasseeröster, Gaslampen, Brenner, Zyl., Glühbirnen, Gaslocher und Schläuche, Blat- und Bodhauben, Bedewannen, Zopfbühne zu verkaufen.

Kaufe, Wiesbaden, Wellrichstraße 10.